II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 55 | 12. September 1919 | י״ז אלול תרע״ט | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Der Rat der Jüdischen Delegationen.

Interview mit Dr. Leon Reich.

Auf der Rückreise von Paris, wo er sich mehr als 6 Monate an den Arbeiten des Komitees der Jüdischen Delegationen an der Friedenskonferenz überaus eifrig und erfolgreich betätigt hat, weilte Herr Dr. *Leon Reich,* Präsident des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrates, einige Tage in Zürich, bei welcher Gelegenheit er die grosse Liebenswürdigkeit hatte, in einer mehrstündigen Unterredung der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ erschöpfende Auskunft über den Stand der derzeitigen Arbeiten des Komitees der Jüdischen Delegationen zu erteilen. Die „J.P.Z.“ ist dadurch in der Lage, als erste über den hochbedeutsamen Beschluss der Gründung eines „Waad Haarazoth“ wie auch über die geplante Zusammensetzung desselben, berichten zu können. Als Vertreter Galiziens im Grossen Aktions Komitee, ist Herr Dr. Reich auch auf das Genaueste über den Stand der Palästina- und Emigrationsfrage informiert, weshalb seine diesbezüglichen Aeusserungen ebenfalls weitgehendste Beachtung finden dürften. Herr Dr. Reich hatte die Freundlichkeit, auf folgende Fragen ausführliche Antwort zu erteilen.

„Wie weit sind die Arbeiten des Komitees der Delegationen gediehen?“

„Das Komitee hat noch immer die Hände voll zu tun, und obwohl bereits mehrere Mitglieder aus verschiedenen Ländern abgereist sind, berät es immer vollzählig, da wieder andere Mitglieder nach Paris kommen, um im Komitee mitzuarbeiten. Als Mitte Juli der Präsident *Marshall* nach Amerika zurückreiste, hatte es den Anschein, nachdem der Traktat mit *Polen* unterfertigt war, dass das Hauptwerk geleistet sei und die Arbeit des Komitees sich ihrem Ende nähere. Indes erweist es sich jetzt, dass es kaum der halbe Weg war, den wir zurückgelegt hatten. Man glaubte, dass nach Erledigung des polnischen Vertrages, alle anderen in Betracht kommenden Staaten, gewissermassen automatisch, die Minoritätsklausel unterfertigen würden. Wie wir sehen, war das eine Täuschung. Es gilt jetzt ebenso mit den Repräsentanten mancher Staaten diesbezüglich im fortwährenden direkten Einvernehmen zu sein, als andererseits bei der Friedenskonferenz selbst zu intervenieren, damit der Schutz der jüdischen Minorität nicht für Polen allein gelten soll. Dank der rastlosen Tätigkeit des gegenwärtigen Präsidenten des Komitees der Delegationen *Sokolow,* sind Hoffnungen vorhanden, dass wir wenigstens in gewissem Masse den Widerstand der bisher unnachgiebigen Staaten überwinden und zumindest teilweise, die jüdische Minorität auch ausserhalb Polens geschützt wissen werden.

Was die einzelnen diesbezüglichen Staaten betrifft, so *weigert sich Rumänien* noch immer hartnäckig, den Vertrag mit den Minoritätsklauseln zu unterfertigen. Ueber die Regelung mit *Tschecho-Slovakien* und *Jugoslavien* lässt sich für die Oeffentlichkeit noch nichts genaues sagen, da diese Probleme noch in Schwebe sind. Tatsache ist, dass ebenso der Präsident der tschecho-slovakischen Republik *Masaryk,* als auch der Vertreter dieser Republik an der Friedenskonferenz, Aussenminister *Benes,* nicht minder Ministerpräsident *Tusar* dem jüdisch-nationalen Gedanken sowie der Notwendigkeit der Anerkennung der jüdischen nationalen Rechte, *wohlwollend* gegenüberstehen. Wenn es trotzdem so kommen sollte, dass diesbezüglich eine Lücke im Friedensvertrag entstehen könnte, so wird das auf Ursachen formeller Natur zurückzuführen sein. Für diesen Fall aber wird das Komitee der Delegationen alle Schritte unternehmen, um eine andere, nicht minder wirksame Form des Schutzes der jüdischen Minorität, im Einvernehmen mit der tschecho-slovakischen Regierung zu finden. Was die jugoslavische Konstitution anbelangt, sind uns Nachrichten zugekommen — deren Sicherheit allerdings noch festzustellen ist —, wonach in bezug auf die Erlangung des Staatsbürgerrechtes, merkliche Unterschiede in der Behandlung der jüdischen oder nichtjüdischen Einwohner vorherrschen sollen. Das Komitee der Delegationen ist daran, die Tatsachen diesbezüglich zu prüfen und eventl. Abhilfe zu schaffen. Ebenso erfordern die Umstände auch die Ueberwachung des *griechischen* Traktates und die Verhandlung mit der griechischen Regierung, um den Juden in Saloniki den Minoritätsschutz angedeihen zu lassen. Auch diese Frage ist sehr kompliziert, da die Schichtung der dortigen Minoritäten gewisse Schwierigkeiten bietet.“

Ebenso unerledigt bleibt noch die Frage *Ostgaliziens,* dessen Verwaltung bekanntlich den Polen für eine Reihe von Jahren provisorisch zugewiesen wird, wonach über das endgültige politische Schicksal des Landes ein Plebiszit entscheiden soll. Die Polen protestieren nun heftig durch ihre Vertreter gegen das Provisorium, die Ukrainer gegen die geplante Zuweisung an Polen und wir Juden müssen leider die Befürchtung ausdrücken, dass wir wieder zwischen Hammer und Amboss geschoben werden. Die einzige Möglichkeit, die Konflikte dort wenigstens teilweise zu lindern, wäre die Statuierung der politischen Verhältnisse auf der Basis national personaler Autonomie. Die jüdi-

schen Massen wenigstens, die bisher der Spielball im Kampfe zwischen Polen und Ukrainern waren, könnten nur auf die Weise weiteren Gefahren entgehen, wenn ihre nationalen Forderungen — somit die offizielle Anerkennung der jüdischen Nationalität mit allen daraus entspringenden Konsequenzen: alsda Ausbau der nationalen Organisation, erweitertes nationales Schulwesen, proportionelle Vertretung in gesetzgebenden Korporationen auf Grund des Kurienwahlsystems, sowie Vertretung in der Regierung — gesetzlich gewährleistet wären. Diese Forderung hat auch die ostgalizische Delegation in Paris an entsprechender Stelle vorgebracht, leider aber soll, wie wir hören, das politische Statut für Ostgalizien alle auf die nationale Autonomie abzielenden Vorschläge ausser acht gelassen haben und lässt durch die Schaffung eines nur auf Grund des Proportionalsystems (wie es in Polen der Fall ist) einzuberufenden Landtages ohne weitere Modalitäten, alles beim Alten. Sagen wir somit, auch beim alten Uebel. In bezug auf die Juden sollen also nur die im Vertrag mit Polen vorhandenen Klauseln in Betracht kommen, ohne die besonderen ostgalizischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Zündstoff wird sich also weiter anhäufen und die Juden werden wie auf einem Vulkane leben, dessen Ausbrüche, den bereits stark lodernden nationalen Hass, noch höher emporschlagen lassen, tausende jüdischer Existenzen verschütten, aber auch die Ruhe und Entwicklung des Landes gefährden werden. Allerdings werden noch alle möglichen Versuche gemacht, um das Problem günstiger zu gestalten.

„Welche Garantien sind dafür vorhanden, dass diese wenigen bereits gewährten Rechte, oder in den Friedensverträgen noch zu gewährenden Rechte, keine irgendwie geartete Verletzung erleiden werden?"

„Wir hoffen zuversichtlich, dass die feierlich eingegangenen Verträge eingehalten werden und die Notwendigkeit nicht bestehen wird, zu den vorhandenen Garantien Zuflucht zu nehmen. Insbesondere glauben wir, dass die polnische Gesellschaft sich allmählich überzeugen wird, dass es im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Staates und der Abschaffung der inneren Gärungen liege, das Minimum der den Juden gewährleisteten Rechte, zur vollen Geltung zu bringen. Immerhin jedoch ist, wie bekannt, jedes Mitglied der „Leage of Nations" berechtigt, im Falle der Verletzung des Vertrages seitens der Signatar-Mächte, gegen den betreffenden Staat aufzutreten. Die Juden und das jüdische Volk hat zwar selbst keine Möglichkeit, eigenmächtig sich gegen einen Staat wegen der Verletzung seiner Rechte zu beschweren, aber es ist zu hoffen, dass unter den Grossmächten, die den Minoritätsschutz im Laufe der Friedensverhandlungen so energisch verfochten haben, sich immer irgendeine Macht finden wird, die sich unser annehmen wird. Das Komitee der Delegationen will aber auch selbst zur Ueberwachung und Vertretung der jüdischen Rechte beitragen und betrachtet deshalb seine Aufgabe mit Abschluss der Friedenskonferenz als n i c h t erledigt. Im Gegenteil, das Komitee der Delegationen hat mit der gleichzeitigen Feststellung seiner Funktions-Dauer bis nach Abschluss der Friedenskonferenz, bereits jetzt — und zwar bei der letzten Sitzung vor meiner Abreise — den Entschluss gefasst, auf Schaffung einer stabilen Institution, die nach Friedensschluss und nach Auflösung des jetzigen Komitees in Kraft treten soll.

Der Name der Institution ist *„Waad Haarazoth"*, deutsch *„Rat der Jüdischen Delegationen."*

Das Programm dieses Rates besteht darin, alle Aufgaben zu erfüllen, welche nicht im Rahmen der Tätigkeit einzelner Judenschaften liegen, insbesondere die Vertretung des jüdischen Volkes vor der „League of Nations" u. zw.:

1. Vertretung der bürgerlichen, politischen und nationalen Rechte der Juden und das Streben nach Erweiterung der letztgenannten Rechte.
2. Vertretung der jüdischen Bevölkerung gegenüber feindseligen Handlungen und Angriffen.
3. Mitwirkung bei Regelung der jüdischen Wanderbewegung.
4. Mitwirkung bei sozial-ökonomischer Tätigkeit jüdischer Hilfsorganisationen, insbesondere in bezug auf den Wiederaufbau durch den Krieg vernichteter jüdischer Wirtschaft.

Der Rat wird auf folgende Weise gewählt:

a) Durch allgemeine jüdische Landeskongresse, die auf Grund von allgemeinen Wahlen einberufen wurden.

b) Insofern solche Kongresse nicht möglich wären, durch die Zentral-Organe jüdischer Selbstverwaltung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind.

c) In den Ländern, wo keine von den erwähnten Vertretungs-Modalitäten durchführbar ist — und dies aus zwingenden Gründen — entscheidet über die Vertretung des betreffenden Landes das Exekutiv-Komitee des Rates, bezw. das provisorische Exekutiv-Komitee.

Jedes Land, das nicht weniger als 200,000 jüdische Seelen zählt, wird das Recht auf je einen Vertreter entsprechend der Zahl von je 200,000 haben. Insofern der letzte Ueberschuss die Zahl von 100,000 übersteigt, besitzt auch dieser das Recht auf einen Vertreter. Länder die weniger als 200,000, aber mehr als 5000 jüdische Seelen zählen, haben ebenfalls das Recht auf einen Vertreter. Länder welche eine kompakte Judenheit mit einer historischen Entwicklung aufweisen, werden den Ländern in staatspolitischem Sinne gleichgestellt.

Das Komitee der Delegationen soll eine spezielle Tabelle, in der diese Länder aufgezählt werden, aufstellen."

„Wie soll die Amtstätigkeit des Rates vor sich gehen?"

„Der Rat soll sich zumindest einmal im Jahre versammeln, wird aber verpflichtet sein auch dann zusammenzutreten, wenn zumindest $^1/_5$ der Mitglieder es verlangt. Der Rat wird aus seiner Mitte ein Exekutiv-Komitee wählen, welches an einem bestimmten Orte seinen stabilen Sitz haben und ständig funktionieren soll."

„Was ist gedacht für die Zeit vom Abschluss der Friedenskonferenz, d. h. Auflösung des gegenwärtigen Komitees, bis zur Zusammentretung des ersten Rates der Jüdischen Delegationen?"

„Für diese Uebergangszeit ist ebenfalls bereits die Bildung eines provisorischen Exekutiv-Komitees beschlossen, und ein Teil der Mitglieder dieses Exekutiv-Komitees ist aus der Mitte der Mitglieder des Komitees der Delegationen auch bereis in Aussicht genommen worden. Insbesondere war es der Wunsch der Komiteemitglieder, dass der unermüdlich seinen Aufgaben obliegende und mit den Einzelheiten der Entwicklung der Dinge vertraute Generalsekretär *Motzkin*, auch hier entsprechend mitwirke. Das provisorische Exekutiv-Ko-

mitee wird bis zur Einberufung des Rates der Jüdischen Delegationen alle Aufgaben erfüllen, die diesem letzteren zustehen, sowie die Einberufung des ersten Rates durchführen."

„Und welches ist der gegenwärtige Stand der *Palästinafrage* und wie verhält es sich mit der *Immigration?*"

„Die Sache Palästinas scheint für uns insofern gesichert zu sein, als dass wir mit Bestimmtheit den endgültigen Beschluss der Friedenskonferenz erwarten, der Palästina unter die Obhut — höchstwahrscheinlich der britischen Regierung — zwecks Vorbereitung eines „nationalen Heims" für das jüdische Volk stellen wird. Es wäre Täuschung zu übersehen, dass in Palästina selbst, heute noch die Verhältnisse für uns und von unserem Standpunkt aus so manches zu wünschen übrig lassen. Allein es muss in Betracht gezogen werden, dass niemals in der Geschichte derartige Uebergänge reibungslos, ja sogar ohne schwere Konflikte möglich waren. Die Drangsalierungen und Einschränkungen, die hie und da seitens der englischen Verwaltungsorgane in Palästina den Juden gegenüber angewendet werden, sind blos auf die Verständnislosigkeit, vielleicht manchmal auch Willkür, jedoch nur lokaler Behörden, zurückzuführen. Deshalb sind sie auch lokaler Natur und somit auch vorübergehend. Die Zentral-Regierung in England meidet keine Gelegenheit, um ihren guten Willen in der Palästina-Sache, wie wir sie auffassen, zu beweisen. Sprechendes Beispiel dafür ist die letzte Weisung Balfour's an die Administrativbehörden in Palästina.

Die Verträge, welche die Rechte der Juden im Verhältnis zur Mandatar-Macht in Palästina regeln sollen, sind in ihren Einzelheiten noch nicht festgelegt. Allein, welche Bestimmungen immer und so viele auch von denen in den Verträgen enthalten sein werden, ist für jeden Staatenkenner eine bekannte Tatsache, dass die staatsrechtliche Raison die Möglichkeiten des realen Lebens, wie sie sich dann gestalten werden, in ihren kleinsten Details nicht voraussehen kann. Es ist deshalb vielleicht auch anzunehmen, dass Anfangs immerhin Missverständnisse vorkommen dürften. Allein bei der Arbeitskraft und Ergebenheit an Palästina seitens der Juden einerseits, sowie dem guten Willen und der Aktivität der Mandatar-Macht andererseits, wird das Leben sicherlich stark genug sein, um die Barrieren, Hindernisse und Missverständnisse zu beseitigen und die gegenseitigen Verhältnisse und Beziehungen, Rechte und Pflichten, zur beiderseitigen Zufriedenheit und vor allem zur Entwicklung des Landes selbst, zu regeln.

Was die *Emigration* nach Palästina anbelangt, so ist es nicht zu leugnen, dass ungefähr alle Führer der Bewegung die an der obersten Spitze stehen, *Brandeis* nicht ausgenommen, der erst jetzt von Palästina zurückgekehrt ist, darin einig sind, dass die Ueberstürzung in bezug auf die Emigration vorderhand ebenso für das Land als für die Immigranten-Gruppen, von Schaden wäre. Trotz dieses Standpunktes jedoch, glaube ich sagen zu dürfen, *dass die Massen in ihrem Drang nach Palästina sich nicht eindämmen lassen sollen*, da dieser Drang die beste Triebfeder der Verwirklichung des Zionismus bleibt. Ueberdies wird auch m. E. dieser Drang immerhin nicht wirkungslos an den Führern vorbeigehen, indem das Volk die jetzt ausschliesslich auf den Führern lastende Verantwortlichkeit auf seine eigene Schultern mitübernehmen, und auf diese Weise die Führer ermutigen wird, allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum Trotz, die Immigration zu beschleunigen und grosszügiger zu gestalten.

Eine Rede Dr. Weizmann's.

Der Londoner Korrespondent der „J.P.Z." berichtet:

Am 3. Sept. hielt bei einer, unter Vorsitz von *Ussischkin*, stattgefundenen öffentlichen Versammlung in einem gegen alles Voraussehen kaum zu $^2/_3$ gefüllten Saale, Dr. *Weizmann* eine Rede über den Stand der Palästinafrage. Nach Schilderung der historischen Entwicklung des Zionismus und der Wandlungen des sog. Charterismus schon zu Zeiten Herzls, ging Weizmann auf die von den Zionisten gestellten Forderungen über. Einen Staat haben wir nicht verlangt und hätten ihn auch, wenn wir ihn verlangt hätten, nicht bekommen. Aber was wir seit Tausenden von Jahren gesucht haben, unser Land wieder zurückzubekommen, das werden wir auch, wie ich glaube, erreichen. Unsere erste Hauptforderung war, dass wir das in den Händen der Effendis befindliche Land bekommen, da wir uns mit den herrenlosen Wüsteneien allein, nicht zufrieden geben können. Auf diese Weise würden wir 75 % des Landes erhalten. Unsere zweite Forderung bestand darin, die Möglichkeit zu haben, alle öffentlichen Arbeiten, die zur Erleichterung der Entwicklung des Landes nötig sind, durchzuführen. Was diese zwei Forderungen anbelangt, so habe ich, soweit man wissen kann, klare Anzeichen dafür, dass die englische Regierung und die Mächte sie bewilligen werden. Die dritte Forderung besteht in der Schaffung einer solchen Administration, die uns den Aufbau des Landes ermöglicht. Die Administration wird anfangs keine jüdische sein, aber unter jüdischer Einwirkung stehen. Dann werden Jahre schwerer jüdischer Arbeit kommen, und mit der Zeit, vielleicht in 15 oder 20 Jahren, wird die Administration in jüdische Hände übergehen und somit wird es *dann auch einen jüdischen Staat geben*, denn nur so und nicht anders baut sich ein Staat auf.

Was die Immigration anbelangt, so muss ich betonen, dass unsere Pläne, die jetzigen katastrophalen jüdischen Verhältnisse nicht in Betracht ziehen durften und konnten. Dem jetzigen Unglück abzuhelfen, ist keine Organisation imstande. Selbst ganz Afrika würde dazu nicht genügen. Wir müssen also den Einlass Fordernden Halt zurufen, denn wir wollen doch nach Palästina kommen um dort zu verbleiben, und nicht um das Land, mit einem Fluche auf den Lippen, wieder zu verlassen. Wenn die Einwanderer anfangen würden, vor Fieber oder Hunger zu sterben, dann würden die Juden die Schuld auf die Zionisten schieben und sie als Charlatane bezeichnen. Somit Geduld, wir haben Tausende von Jahren gewartet, also können wir auch noch eine kurze Zeit warten, und ist es nicht unsere Schuld, wenn die jetzigen Leiden die Massen so ungeduldig machen.

Dr. Weizmann schloss seine Rede mit folgenden Worten: In der politischen Welt ist nicht das Geringste vorgefallen, was Zweifel an der Durchführung der Balfour'schen Deklaration rechtfertigen würde. Man spielt auch nicht ungestraft mit Juden. Es ist wahr, wir haben keine Armee, aber solange wird es keinen Frieden auf der Welt geben, bis man uns unser Land nicht zurückgegeben haben wird.

Die Judenfrage in Rumänien.

Der „Monitorul Official" veröffentlicht für das alte Königreich Rumänien, die Verlängerung der Termine zur Erlangung des Bürgerrechtes durch die Juden wie folgt: 1. Für die im Lande wohnenden Juden drei Monate nach Ablauf des alten Termins. 2. Für die im Auslande wohnenden rumänischen Juden sieben Monate vom 28. Mai 1919 an. 3. Für die mobilisierten und die kriegsgefangenen Juden fünf Monate vom Zeitpunkte der Demobilisierung, beziehungsweise Repatriierung an.

Rumänien und der Friedensvertrag.

Paris, 8. Sept. (Havas.) Der Oberste Rat nahm in einer Sitzung vom Montag morgen, Kenntnis von einer Note der rumänischen Delegation, welche erklärt, Rumänien sei bereit, den Friedensvertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen, jedoch nur unter gewissen Vorbehalten. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die rumänischen Vorbehalte zum Friedensvertrag in Berücksichtigung gezogen und angenommen werden.

V. d. ital. Grenze. 9. Sept. Auf Betreiben der amerikanischen Delegation wird der Oberste Rat, wie der „Corriere della Sera" meldet, in einer neuen scharfen Note von Rumänien die Unterzeichnung des Friedens von St. Germain fordern. Die Drohungen dieser Note dürften, wie man annehme, nicht nur Rumänien zur Unterzeichnung bewegen, sondern auch Südslavien und den tschechoslovakischen Staat von ihren Absichten, die Unterzeichnung zu verweigern, abbringen. Das Verhalten der amerikanischen Delegation sei begründet in der besondern Unterstützung, die seinerzeit Präsident Wilson der Klausel zum Schutze der ethnographischen Minderheiten angedeihen liess. Man wolle um jeden Preis verhüten, dass Wilson während des Kampfes, den er im eigenen Lande mit seinen republikanischen Widersachern auszufechten hat, in Europa einen Misserfolg erlitte.

Paris, 9. Sept. ag (Havas.) Die Note der rumänischen Delegation teilt die Absicht der Rumänen mit, den Friedensvertrag mit Deutschösterreich zu unterzeichnen, der ihr volles Einverständnis habe. Indessen kündigt die rumänische Delegation an, dass sie Vorbehalte machen werde wegen der Bestimmung des Vertrages hinsichtlich der Rechte der Minderheiten, die unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden sollen, da diese Klausel die Souveränität Rumäniens beeinträchtige. Ausser diesem Vorbehalt erklärt die rumänische Delegation, sich vollständig der Politik der Alliierten anzuschliessen.

Der Oberste Rat hat beschlossen, diese Vorbehalte nicht anzunehmen, und Rumänien einzuladen, den Vertrag ohne Bemerkungen zu unterzeichnen oder sich der Unterzeichnung zu enthalten. Die rumänische Delegation hat noch keinen Beschluss gefasst.

Zur syrischen Frage.

„Morning Post" schreibt in einem Leitartikel über die syrische Frage, die Lage sei kompliziert. England wünsche die Zuweisung Syriens an Amerika, und Frankreich erhebe dagegen keine Beschwerde, aber die Amerikaner seien nicht geneigt, Syrien anzunehmen. Das Blatt verlangt, dass England einen deutlichen Beweis für seine Uninteressiertheit geben soll. Die meisten Fragen, über die jetzt gesprochen werde, seien für England viel weniger wichtig, als die Möglichkeit einer Entfremdung mit Frankreich.

„Times" schreiben über den britischen Standpunkt: Wir werden das Abkommen von 1916 natürlich in allen Punkten, die die Franzosen selbst für ausführbar ansehen, innehalten. Es ist dazu nur guter Wille und gesunder Menschenverstand nötig. Es ist Sache der französischen und englischen Staatsmänner, dem syrischen Skandal ein Ende zu machen.

— Die „Times" glauben zu wissen, dass *Allenby* nach London kommen will, um darauf zu bestehen, dass Frankreich ein Mandat über Syrien erhalte. Gewisse Kreise schreiben ihm die Absicht zu, zu demissionieren, falls es nicht bewilligt würde. Die „Times" teilen die Meinung Allenbys.

— Den „Basler Nachrichten" wird gemeldet: *Paris*, 3. Sept. Bei der palästinisch-syrisch-mesopotamischen Frage, soll Palästina ein jüdischer Staat unter der Kontrolle einer englisch-amerikanischen Sonderkommission werden. Diese Lösung ist auf Drängen der englischen Delegierten, welche die Bildung eines befreundeten Landes zwischen Aegypten und Mesopotamien wünschten, angenommen worden, sowie auf Betreiben der Vertreter der verschiedenen jüdischen Organisationen in Amerika, welche die formelle Versicherung gegeben haben, innerhalb 15 Jahren die jüdische Mehrheit in Palästina zu erzielen.

Die „Times" über die Palästinafrage.

„Times" vom 6. Sept. widmen dieser Frage einen besonderen Artikel. Frankreich wird daran erinnert, dass in dem syrischen Konflikt ausser Frankreich und England noch eine Partei, das jüdische Volk, vorhanden sei, mit dem man rechnen müsse. Alle die bei der Behandlung des jüdischen Problems ihre Aufmerksamkeit blos dem französisch-englischen und christlich-musulmanischen Standpunkt zuwenden, begreifen nicht, wie ernst die Schwierigkeiten dieser Frage sind. Ebenso wichtig ist der jüdische Standpunkt. Die zion. Bewegung mit ihren Idealen eines jüdischen Heimes in Palästina, ist eine Tatsache und eine Macht, die man nicht übergehen darf. Ihre Zweige sind über die ganze Welt verbreitet und falls es nicht gelingen sollte, ihr Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, wird sich die Wirkung rasch in jeder zivilisierten Gemeinschaft bemerkbar machen. Die englische Regierung kann von ihrem Versprechen, ein jüdisch-nationales Heim in Palästina aufzubauen, nicht abgehen. Wir kennen die Haltung der arabischen Fellachen gegenüben den Zionisten, aber nach unserer Meinung müssen die jüdischen Forderungen, falls nur die Freiheiten jener achtungswürdigen Landarbeiter gehörig geschützt werden, in allererster Reihe berücksichtigt werden, sowohl was die Zeit als auch die aussergewöhnliche Wichtigkeit derselben anbelangt. Die wirkliche Schwierigkeit liegt jedoch darin, dass die franz. Regierung die Bedeutung der zion. Bewegung nicht genügend erkannt hat. Diese Schwierigkeit kann durch guten Willen der franz. Staatsleute und der zion. Führer beseitigt werden. Ganz gleich ob England oder Frankreich das Mandat in Palästina erhält, ist eine Verständigung zwischen Frankreich und den Zionisten ebenso wichtig, wie zwischen Frankreich und Emir Feysul. Die Aufgabe der engl. Regierung sollte es sein, eine Verständigung zwischen diesen beiden herbeizuführen. Der Artikel der „Times"

schliesst: der wirkliche Standpunkt, mit dem man an diese verwickelten Probleme des nahen Ostens herantreten kann, darf nicht ein solcher sein, der Intrigen und Streitmöglichkeiten im Vordergrunde lässt, sondern einen Ausblick auf wirksame und nicht egoistische Zusammenarbeit bietet. England und Frankreich wollen zusammenarbeiten und ihren Regierungen bleibt es vorbehalten, Möglichkeiten zu schaffen, dass diese ihre Wünsche in Erfüllung gehen.

Französischer Appell gegen die Pogrome.

Eine Reihe prominenter Persönlichkeiten Frankreichs, deren Namen wir untenstehend anführen, richtete im Namen des Menschheits-Gewissens und im Namen der moralischen Verantwortung des einzelnen Menschen gegenüber seinen Mitmenschen, an alle Völker der Erde und im besonderen an das französische Volk, einen Appell gegen die Pogrome, in dem es nach Schilderung der verschiedenen Grausamkeiten u. a. heisst:

Die Unterzeichneten wenden sich an alle Völker der Erde und bitten sie, ihre Stimme zu erheben gegen die unerhörten Verbrechen, deren Opfer ein Volk angesichts des Himmels ist.

Es müssen sich überall Komitees zum Schutze der osteuropäischen Juden organisieren und diese Komitees müssen sich zu einer raschen und kraftvollen Aktion gegen die Bedrücker vereinigen.

Mögen in allen Parlamenten der Erde, die Volksvertreter ihre Stimme gegen diese blutigen Verbrechen erheben. Den freien Völkern und den verantwortlichen Regierungen obliegt die Pflicht, dieser ungeheuerlichen Verletzung der Menschenrechte eine Ende zu bereiten.

Wir fordern die rasche Organisierung von Komitees zum Schutze gegen die Verfolgung, Komitees mit aller Autorität versehen, die ihrer hohen Mission entspricht. Millionen bedrückter Juden haben keinen anderen Schutz als das Gewissen der moralischen Solidarität der zivilisierten Welt, und sie haben ihre letzte Hoffnung in das heilige Recht aller Menschen zum Leben und zur Freiheit gesetzt.

Anatole France; Paul Appell, membe de l'institut; A. Aulard, professeur à la Faculté des Lettres de Paris; Henri Barbusse; Charles Bernard, député; Emile Combes, sénateur, anciens président du Conseil; Michel Corday; L. Dispan de Fleurian, professeur agrégé au lycée Lakanal; Georges Duhamel; Elie Faure; Charles Gide, professeur à la Faculté de Droit de Paris; Ferdinand Hérold, vice-président de la Ligue des Droits de l'Homme; Gustave Hervé; L. Laqicque, professeur à la Faculté die Sciences; F. Larnaude, doyen de la Faculté de Droit de Paris; Ernest Lavisse, de l'Académie Française, directeur de l'Ecole Normale supérieure; Victor Margueritte; Marcel Dachin, député; Mme. Ménard-Dorian; Pierre Mille; Wilfred Monod, pasteur; de Monzie, député, ancien ministre; Moutet, député du Rhône; A. Prenant, professeur à la Faculté de Médecine, membe de l'Académie de Médecine; Henri Roger, doyen de la Faculté de Médecine; Gabriel Séailles, professeur à l'Université de Paris; Ch. Seignobos, professeur à la Faculté des Lettres de Paris; Albert Thomas, député, ancien ministre; abbé Viollet.

Zwei Rundschreiben des zion. Zentralbüros in London.

Das Zionistische Zentralbüro in London hat ein wichtiges hebräisches Rundschreiben an alle zion. Landesorganisationen versandt, das mit besonderer Klarheit die augenblickliche Lage und die nächsten Massnahmen für die Vorbereitung der Palästinawanderung darstellt.

Auch die Abteilung für Handel und Industrie bei dem zionistischen Palästinadepartement in London hat ein ausführliches Rundschreiben, in dem die Aufgaben dieses Amtes näher umschrieben werden, herausgegeben. Das Amt wird privaten Gruppen und einzelnen Personen über die wirtschaftlichen Bedingungen Palästinas in ausführlichster Weise Informationen erteilen.

Chronik.

Litauen.

— Die Litauische Delegation bei der Friedenskonferenz übermittelte im Namen ihrer Regierung dem „Komitee der Jüdischen Delegationen“ eine detaillierte Erklärung über die Minoritätsrechte der Juden in Litauen.

— Laut Angaben der Krakauer „Cajt“ befinden sich unter den Minsker Pogromopfern auch der Vater und Bruder des bekannten poale-zionistischen Führers *Leon Chasanowitsch.*

— Die Zahl der jüdischen Bevölkerung in Wilna beträgt derzeit ca. 45,000 Seelen gegen 90,000 vor dem Kriege.

Lettland.

— Der „Moment“ veröffentlicht einen Brief aus Riga, worin die derzeit dort herrschenden jüdischen Verhältnisse geschildert werden. Im lettländischen Volksrat wird ein Gesetzprojekt über die nationale Personal-Autonomie der Minderheiten beraten. Die jüdische Demokratie hat ein Memorandum über die jüdischen Forderungen überreicht, das sich auf das entsprechende in der Ukraine angenomme Gesetz stützt. Die jüdische Bevölkerung ist überzeugt, dass der lettländische Volksrat den gerechten jüdischen Forderungen entsprechen wird.

Die verschiedenen jüdischen Institutionen nehmen allmählich ihre Arbeit wieder auf. Kürzlich wurde ein Palästina-Amt gegründet. Ende Juli begann auch eine jüdische Tageszeitung, die „Jüdische Volksstimme“ unter der Redaktion von *H. Gulak* zu erscheinen.

Russland.

Palästina-Vorbereitung in Russland.

Nach den Angaben des Palästina-Amtes der Zionistischen Organisation in Russland, sind gegenwärtig in Russland 45 Achusoth gegründet worden. Die Achusoth haben von ihren Mitgliedern bereits die ersten Einzahlungsraten erhalten. Ausser den Achusoth sind 4 Bau-Genossenschaften und eine grosse Anzahl von Uebersiedelungs-Kooperativen gegründet worden, die insbesondere in Weissrussland grossen Erfolg haben. Die in der Ukraine gegründeten Achusoth nnd Genossenschaften sind in diesen Zahlen nicht mitinbegriffen.

(K. Z. B.)

— Laut „Judiszes Folk“ ist das bolschewistische Dekret wegen Verbots der hebräischen Sprache und der zionistischen Tätigkeit in Russland, nicht zur Ausführung gelangt.

Ukraine.

Forderung einer jüdischen Pogrom-Untersuchungskommission seitens der Ukraine.

Laut Meldung des Ukrain. Pressedienstes richtete der Minister des Aeusseren *Temnycki* ein Telegramm an den Präsidenten der ukr. Friedensdelegation in Paris, Graf Tyszkiewicz, worin er u. a. die Schuld der Regierung Petljuras an den Pogromen in Abrede stellt, die Absendung einer Untersuchungskommission nach der Ukraine verlangt. Das Telegramm schliesst: Um all diesen Treibereien ein Ende zu machen und der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, schlage ich vor, eine spezielle Kommission aus den Vertretern des jüdischen Volkes zu bilden und sie in die Ukraine zwecks Konstatierung und Ueberprüfung der wirklichen Sachlage zu entsenden. Zu dieser Kommission habe ich die Ehre, den Herrn Schriftsteller Achad Haam, (U. Ginzburg) derzeit in London, die Mitglieder des zentralen Komitees der zionistischen Organisationen Ussischkin und Goldstein, jetzt in Paris, und Dr. Jochelmann, den Präsidenten des Londoner Zentralkomitees der „Jewish Territorial Organisation" einzuladen.

— *Ruben Fink* berichtet in „The Day and the Warheit" aus Washington vom 24. August, dass die Regierung der Vereinigten Staaten einige Anfragen über die Pogrome in der Ukraine gestellt habe. Die Regierung hat auch Untersuchungen angeordnet, soweit dies in einem Lande möglich ist, das die Vereinigten Staaten bisher nicht anerkannt haben. Amerika hat auch beim dänischen Roten Kreuz und anderen internationalen humanitären Institutionen angefragt, jedoch bisher keine offiziellen Bestätigungen erhalten. Alle Informatoren haben von Gerüchten gesprochen, konnten jedoch keine direkten Informationen erteilen. Die amerikanische Regierung möchte den Juden bei Abstellung dieser Pogrome helfen, falls solche wirklich vorgekommen sind. Das Staats-Departement hat auch die Ausstellung von fünf Pass-Visen für eine ukrainisch-jüdische Delegation angeordnet, die nach Amerika kommen soll, und ist bereit, deren Reise zu erleichtern, um verlässliche Informationen über die tatsächlichen Zustände in der Ukraine zu erhalten. Im allgemeinen ist die Regierung zugunsten der Juden in allen Departements tätiger denn je.

Polen.

Abberufung des britischen Gesandten in Warschau.

Das Foreign Office in London gibt bekannt, dass Sir Horace *Rumbold* zum Britischen Gesandten in Warschau ernannt worden ist.

Dazu bemerkt das Kop. Zion. Büro: Das bedeutet die Abberufung des bisherigen Gesandten *Wyndham*, der als der Situtation nicht gewachsen angesehen wird. Der diplomatische Wechsel in Warschau beweist, dass die britische Regierung der Entwicklung der Dinge in Polen die grösste Aufmerksamkeit schenkt.

Jakob Dienesohn gestorben.

Der bekannte jüdische Schriftsteller Jakob Dienesohn, der, neben Abrahamowicz, Perez und Schalom-Alejchem, einer der Schöpfer der jiddischen Literatur war, ist im 58. Lebensjahre in Warschau gestorben. An seinem Begräbnisse beteiligten sich annähernd 50,000 Personen, wobei 300 in der polnischen Armee dienende jüdische Soldaten für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgten.

Gemälde- und Skulpturenausstellung in Bialystok.

Am 10. September wurde in Bialystok die von der Kulturliga arrangierte erste Gemälde- und Skulpturen-Ausstellung jüdischer Künstler eröffnet.

Bukowina.

Auf einer Plenarsitzung des Bukowinaer Jüd. Nationalrates vom 23. und 24. August wurde u. a. eingehend die Schulfrage behandelt. Es sollen u. a. die hebräische und jiddische Sprache als Unterrichtssprache in der ersten Volksschulklasse eingeführt werden, während in den höheren Klassen vorläufig die alte Unterrichtssprache beibehalten werden soll, wobei allmählich die neuen Unterrichtsstufen eingeführt werden. Bis dahin sollen hebräisch und jiddisch als Lehrgegenstände eingeführt werden. Diesem von Prof. Lecker vertretenen Antrage stand ein Antrag Prof. Schleyers gegenüber, der versuchsweise für ein Jahr für die erste Volksschulklasse hebräisch als offizielle Unterrichtssprache forderte, während jiddisch und deutsch als pädagogische Hilfsmittel und als fakultative Lehrgegenstände nach freier Wahl der Eltern bestimmt werden. Der Antrag Prof. Schleyers wurde mit 28 gegen 27 Stimmen angenommen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Die Verhältnisse in der Slovakei.

Die Enthüllungen der „Zidovské Zprávy" über die Verhältnisse in der Slovakei haben in der tschischen Presse Aufsehen erregt. „Venkov", „Ceské Slovo", „Slovensky Dennik" u. a. haben darauf reagiert. An Stelle einer Polemik bringen nun die „Zid. Zpr." in ihrer letzten Nummer eine grosse Anzahl weiterer Belege über die Art und Weise wie in der Slovakei von Seiten der Zivil- und Militärbehörden mit den Juden verfahren wird.

Ein zumindest unvoreingenommenes Urteil über die Verhältnisse in der Slovakei, bringt die tschechische Wochenschrift „Sociälni Demokrät" in der Nummer vom 29. August. Es heisst dort u. a.: „Zu den brennenden Fragen, bei denen sich die ungeheuerliche Unfähigkeit des Ministers *Srobar* im rechten Lichte gezeigt hat, gehört die jüdische Frage. Wenn man auch die Tätigkeit eines grossen Teils der jüdischen Bevölkerung in der Slovakei in wirtschaftlicher Hinsicht entschieden verurteilen muss, so kann man doch keineswegs mit den Mitteln übereinstimmen, welche Minister Srobar den Juden gegenüber zur Anwendung bringt."

— Wie die Prager „Selbstwehr" erfährt, laufen Beschwerden ein, dass die amtlichen Organe das Bekenntnis zur jüd. Nationalität nicht anerkennen wollen. Angesichts der wiederholten Erklärungen verschiedener Regierungsmitglieder sowie mit Rücksicht auf die bereits in allen Kulturstaaten erfolgte Anerkennung der jüd. Nationalität, dürfte es sich nur um Uebergriffe untergeordneter Organe handeln. Der Jüd. Nationalrat hat bereits interveniert.

— *Davis Trietsch* unternimmt gegenwärtig in allen grösseren Städten der Slovakei eine Lichtbildervortragstournee über die Entwicklung des neuen Palästina und dessen Neukolonisierung.

Ungarn.

Vereitelter Progrom in Budapest.

Budapest. Das Rum. Pressbureau meldet: Ein Teil der ungarischen massgebenden Kreise sucht dem rumänischen Kommando alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Ihre Animosität geht so weit, dass sie vor einigen Tagen einen Pogrom in Budapest arrangieren wollten und nur dank dem Chef der rumänischen Ueberwachungsstelle, Dr. Fakoin, der zur rechten Zeit davon in Kenntnis gesetzt wurde, gelang es, mit Aufbietung militärischer Kräfte die Manifestanten zu zerstreuen. Es wurde erwiesen, dass man diese Judenhetze nur deshalb ins Werk setzen wollte, um das rumänische Kommando als Urheber von Pogromen im Auslande hinzustellen.

— Der Kommandant der rumänischen Truppen in Budapest erliess eine Proklamation, in der er erklärt, dass er einzig für die Aufrechterhaltung der Ordnung da sei, und dass er seine Hand niemals zu politischen oder religiösen Verfolgungen leihen werde. (Rum. P.-B.)

— Das Vorstandsmitglied der Pester orth. Gemeinde und Präs. des Bikur Cholim Vereins *Friedrich Ernst* wurde von judenfeindlichen Polizisten überfallen und derart zugerichtet, dass er nach 7 Tagen seinen Verletzungen erlag. Drei Polizisten ermordeten ferner den jüdischen Urmacher *Salomon Katz.*

— Zur kräftigen Abwehr der rüden Judenhetze wurde in Budapest eine Landesorganisation der ungarischen Juden geschaffen, die auf eine Unterstützung der Rumänen und der Ententemission gegen die Uebergriffe der Pogromisten hofft. (Wr. Morgenzeitung.)

— In *Budapest* hat sich eine „Judengarde" von etwa 500 Mann gebildet, die aber in der Zeit ihres Bestehens noch keine Gelegenheit zum Einschreiten hatte.

— Auf das amtliche ungarische Dementi der Pogromnachrichten in Transdanubien veröffentlicht die „Neue Freie Presse" folgenden Bericht eines Augenzeugen:

„Es ist leider Tatsache, dass in Czelldömölk und in Jánosháza die schwersten Ausschreitungen stattgefunden haben. Ermordet wurden in Czelldömölk: Der Grosskaufmann Markus Németh, 52 Jahre alt, der Kaufmann Max Hoffmann, 73 Jahre alt, Privatier Ungar, 62 Jahre alt, Hauptmann Martin Fleischner, Fähnrich Gergely, Leutnant Stephan Weisz und Bierhändler Schöntag. Schwer verwundet wurden die Kolonialwarenhändler Brüder Heimler und der Holzhändler Adolf Glück, an deren Aufkommen gezweifelt wird. Leichte Verletzungen trugen sämtliche Juden davon.

In Jánosháza wurden die Lehrer Simon Kemény und der Apotekergehilfe Alexander Salzberger ermordet. Auch in diesem Orte haben sämtliche Juden teils schwere, teils leichtere Verletzungen erlitten. Die Judenschaft der Orte Jánosháza, Czelldömölk, Sárvár, Szombathely und Pápa flüchtete nach Raab und Budapest.

Deutsch-Oesterreich.

Fremdenausweisung aus Deutschösterreich.

Wien, 10. Sept. Eine Kundmachung der niederösterreichischen Landesregierung fordert sämtliche Personen, die nach dem 1. August 1914 nach Wien gekommen sind und bisher die deutschösterreichische Staadtsbürgerschaft nicht erworben haben, auf, bis längstens den 20. September das deutschösterreichische Staatsgebiet zu verlassen. Im Weigerungsfalle werde mit Abschiebung vorgegangen. Ausnahmen werden nur bei schwerer Erkrankung u. dergl. gestattet.

— Nach Informationen der „Neuen Freien Presse" verlautet in diplomatischen Kreisen, dass der britische Generalkonsul Sir *Francis Oppenheimer* zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission, die in Wien ihren Sitz haben wird, berufen werden soll. Oppenheimer, der einer angesehenen jüdischen Familie in Deutschland entstammt und stolz auf sein Judentum ist, hat England während des Krieges auf wirtschaftspolitischem Gebiete grosse Dienste geleistet. Er hat sich in Paris grosse Mühe gegeben, um den Obersten Rat darüber aufzuklären, dass die an Deutsch-Oesterreich gestellten Forderungen unhaltbar seien.

Deutschland.

Die deutsche Regierung gegen die Pogromhetze.

Das „Berliner Tageblatt" berichtet:

„Die rücksichtslose Pogromhetze gewisser radikal antisemitischer Kreise hat in jüngster Zeit die bedenklichsten Auswüchse gezeitigt und wiederholt zu Plünderungen und Zusammenstössen geführt. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Verhetzung der Massen den zu dem Wiederaufbau und der Gesundung des Volksganzen dringend erforderlichen inneren Frieden auf das schwerste gefährdet. Der Staatskommissar für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung hat sich daher gezwungen gesehen, diesem gefährlichen Treiben entgegenzutreten. Es handelt sich dabei nicht um eine Behinderung legaler politischer Parteipropaganda, wohl aber wird gegen jede Wühlarbeit, die offensichtlich nur den Zweck verfolgt, die Leidenschaften der Massen aufzupeitschen, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu stören, und die Festigung der Staatsautorität zu erschweren, ohne Ansehen der Partei rücksichtslos vorgegangen werden."

— Am 26. August wurden in 54 Protestversammlungen der „Unabhängigen" in Berlin unter anderen Resolutionen auch eine gegen die antisemitische Propaganda angenommen.

— Redakteur *Hans Goslar,* einer der führenden Persönlichkeiten der deutschen Misrachi-Organisation, ist wegen seiner Verdienste um das Zustandekommen der neuen Steuergesetze zum geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Reichsfinanzministerium ernannt worden. Goslar, der während des Krieges in Litauen mit der Reformierung des Zeitungswesens beauftragt war und später die Redaktion des volkswirtschaftlichen Teiles der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" übernahm, steht im 30. Lebensjahr und entstammt einer angesehenen jüdischen Familie in Berlin.

Frankreich.

Aufruf des algerischen jüdischen Komitees für soziale Wissenschaften.

Das energische Eingreifen des jüdischen Studienkomitees in Algerien bei den führenden Männern und bei der Zentralregierung in Paris in der Affäre der Studentenvereinigung vonAlgier, welche 30 jüdischen Studenten den Beitritt in ihren Verein verweigert hatte, obwohl

die meisten dieser jüdischen Studenten das Kriegskreuz an der Front erworben hatten, war von Erfolg begleitet. Nunmehr beschloss das Komitee seine Tätigkeit auf alle Rechtsverweigerungen die dem Gesetz entgegen, den Juden gegenüber in Algerien praktiziert werden, auszudehnen und richtet zu diesem Zweck einen schwungvollen Aufruf an das französische Volk.

Amerika.

— Am 10. August hat in New-York eine Landesversammlung des „Joint Distribution Committee" stattgefunden zwecks Berichterstattung der aus Europa zurückgekehrten Kommissionsmitglieder und Schaffung neuer Mittel für das Hilfswerk. Die Frage der Gründung einer Darlehensbank für die jüdischen Kriegsopfer ist ständig auf der Tagesordnung. Die Zahl der hilfsbedürftigen Kriegsnotleidenden soll nach dem Berichte der Kommission mindestens 4 Millionen betragen, und falls es dieser auf Grund des neuen Aufrufes gelingen würde selbst 50 Millionen Dollars aufzubringen, so würde es noch immer nur 12½ Dollars pro Kopf ausmachen.

— Im jüdischen „Wecker" in Chicago wird in einem Leitartikel darauf hingewiesen, dass Chicago noch grössere Möglichkeiten für Einwanderung von Juden bietet. Chicago zählt derzeit ca. ¼ Million Juden und könnte noch ungefähr 150,000 Juden aufnehmen. In dem Artikel wird auch ein genauer Plan entwickelt, wie man die Konzentrierung der Immigration organisieren könne.

— Die 22. Jahreskonferenz der amerikanischen Zionisten wird am 14. Sept. in Chicago stattfinden.

— Die Organisation für Verbreitung der hebräischen Sprache in Amerika, hat beschlossen, einen Fonds von einer Viertel Million Dollars zu gründen, um folgende Institutionen zu schaffen: Zeitungen, ein Lehrerseminar, ein Erziehungsbureau, einen Kadimah-Verlag und ein Agitationsbureau für Verbreitung der hebräischen Sprache.

Syrien.

— In der Alliance Schule in Damaskus, in der mehr als 200 jüdische Mädchen erzogen werden, hat die Leiterin ein Verbot erlassen, hebräisch zu sprechen, wie auch die hebräischen Abendkurse zu besuchen. Jede Uebertretung dieses Verbotes wird bestraft werden.
(Hadshoth Haaretz.)

Palästina.

Verhaftete „Judeans" in Palästina.

Zu Beginn des vorigen Monats sind 55 „Judeans" die aus Kanada und den Vereinigten Staaten nach Palästina kamen, verhaftet worden. Als Grund ihrer Verhaftung wird ihre Aeusserung angegeben, zukünftig den Befehlen nicht gehorchen zu wollen und dass sie sich nicht mehr als Soldaten betrachteten, da man sie 6 Monate nach Waffenstillstand zu demobilisieren versprochen habe, während jetzt die militärischen Autoritäten erklärten, dass sie erst 6 Monate nach Unterzeichnung des Friedens aus dem Heer entlassen würden. Sie glauben, dass dieser Entschluss von den Lokalbehörden auf Einfluss der zion. Kommission gefasst worden sei. Die Männer behaupten weiter, dass sie tief getäuscht worden sind von der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage Palästinas. Man hätte sie glauben gemacht, Palästina solle ein jüdischer Staat werden, während sie nur den Eindruck gewonnen hätten, dass das Land nur eine englische Provinz sei. Sie beklagen sich über unfreundliche Behandlung seitens der jüdischen Kolonisten und dass nichtjüdische Soldaten grössere Annehmlichkeiten geniessen als die jüdischen.
(Jewish Chronicle.)

— Der neue Verwaltungs-Chef Palästinas, General *Watson*, ist in Jaffa eingetroffen, wo ihm ein grosser Empfang bereitet wurde. Er stattete dem hebräischen Gymnasium einen kurzen Besuch ab.

— „Hadshoth-Haaretz" vom 24. August bringen eine Kundmachung des Militärkommandanten von Jerusalem, wonach öffentlich bekanntgegeben wird, dass es verboten ist, an öffentlichen Orten eine andere Nationalhymne zu singen oder zu spielen ausser „God save the king."

— In Jaffa hat der Militärkommandant den Druckereien verboten, bis zum Erlass einer neuen Verordnung Zeitungen und Broschüren zu drucken und zu verbreiten. Aus diesem Grunde konnten während der letzten zwei Wochen in Jaffa keine Zeitungen erscheinen. Diejenigen Zeitungen, die eine spezielle Erlaubnis der Regierungen erhielten, haben wieder zu erscheinen begonnen.

— In mehreren Kolonien Galiläas ist man bereits nach dem Getreidedrusch. Die Ernteergebnisse sind sehr schlecht ausgefallen, besonders was den Weizen anbelangt. In vielen Fällen wurde nicht einmal die Aussaat geerntet.
(„Hagalil.")

— Die seit 30 Jahren bestehende Kommissionsfirma Wilhelm Groß in Jaffa wird demnächst in eine Gesellschaft umgewandelt werden, an der sich einige bedeutende europäische Firmen beteiligen sollen. Die Gesellschaft bezweckt die Hebung und Regulierung des Exports und Imports, sowie die Förderung industrieller Unternehmungen in Palästina.

— Bezüglich der von uns in No. 52 dem „Duar Hayom" entnommenen Notiz über die gegründete Siedlungs- und Handelsbank, teilt Herr W. Groß, der derzeit in Zürich weilt, mit, der Berichterstatter des „Duar Hayom" scheine die Umwandlung seiner Kommissionsfirma in eine Gesellschaft, mit der von der Agudas Jisroel gegründeten Siedlungs- und Handelsbank verwechselt zu haben, bei welcher letzterer keine direkte Funktion habe.

— Mit den Kanalisationsarbeiten im jüdischen Viertel Jerusalems soll demnächst begonnen werden. Die Arbeit wird für längere Zeit mehreren hundert ungelernten und auch einer Anzahl von Berufsarbeitern Verdienstmöglichkeit geben.

— Der „Waad Hazirim" hat das Budget für die Renovierung der zerstörten Häuser bestätigt. Das wird zur Verbilligung der Wohnungen beitragen und auch einer grösseren Anzahl von Arbeitern Arbeitsmöglichkeit bieten.

— Um dem in Palästina fühlbaren Mangel an kaufmännisch gebildeter Jugend abzuhelfen, hat der kaufmännische Verein in Jaffa beschlossen, eine Handelsschule zu gründen. Die Schule wird aus vier Klassen, deren erste schon in diesem Lehrjahre eröffnet werden soll, bestehen. In dem Programm wird ausser Buchhaltung und kaufmännischer Korrespondenz, auch Maschinenschreiben und Stenographie angeführt. Unterrichtssprache ist hebräisch und als Fremdsprachen werden englisch, französisch und arabisch eingeführt.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich